



HESSISCHER LANDTAG

Dringlicher Berichts Antrag

der Abg. Sigrid Erfurth, Frank Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) und Fraktion

betreffend Fürsorgepflichten des Dienstherrn und Umgang mit Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der hessischen Finanzverwaltung

Vorbemerkung:

Die derzeitige Berichterstattung über den Umgang der hessischen Finanzverwaltung mit Bediensteten wirft ein schlechtes Licht auf die Personalführung des Landes Hessen. Im Interesse aller Beschäftigten in der Landesverwaltung muss sichergestellt werden, dass ein vertrauensvolles Verhältnis zwischen Mitarbeitern und Vorgesetzten in den Dienststellen herrscht. Sowohl der Behauptung, es herrsche Willkür und Mobbing in hessischen Dienststellen, als auch dem Eindruck, dass der Personalführung im Einzelfall wie generell kein Vertrauen entgegen gebracht werden kann, muss wirksam entgegen getreten werden.

Die Landesregierung wird ersucht, im Haushaltsausschuss über folgenden Gegenstand zu berichten:

1. Aus welchem Grund wurden die Eingaben der Mitarbeiter der Steuerfahndung an den Finanzminister und den Ministerpräsidenten nicht beantwortet? Ist die Nichtbeantwortung derartiger Eingaben die Regel?
2. Wie beabsichtigt die Landesregierung mit der Tatsache umzugehen, dass das Vertrauen in die Fähigkeiten eines für den öffentlichen Dienst tätigen Gutachters durch ein Berufsgerecht erschüttert wurde?
3. Beabsichtigt die Landesregierung die Verfahren neu aufzurollen und damit allen Bediensteten, die von dem betreffenden Gutachter einer Untersuchung unterzogen wurden, eine Chance auf ein zweifelsfreies Verfahren zu eröffnen?
4. Wie lange beabsichtigt die Landesregierung die betroffenen Bediensteten noch mit ihrer Entscheidung hinzuhalten, dass ihre Fälle erneut und

ergebnisoffen untersucht werden?

5. Hält es die Landesregierung für angemessen, den betroffenen Bediensteten unter Aufbietung juristischer Formalargumentationen eine neuerliche neutrale Untersuchung ihrer Fälle auf Dauer zu verweigern?
6. Wenn nein, was tut die Landesregierung zeitnah, um das Ihre zu einem einvernehmlichen Ende der Auseinandersetzungen beizutragen?
7. Wann wurde mit den betroffenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern Kontakt aufgenommen um möglicherweise über einvernehmliche Lösungen zur Beseitigung der Konfliktlagen zu verhandeln?
8. Wie viele Mitarbeiter der Landesverwaltung wurden in den letzten Jahren von dem betreffenden Gutacher untersucht und für wie viele Mitarbeiter ergaben sich hieraus dienstrechtliche Folgen?

Wiesbaden, den 25. November 2009

Sigrid Erfurth

Frank Kaufmann

**Die stellv. Fraktionsvorsitzende
Kordula Schulz-Asche**